

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1890

29.3.1890 (No. 87)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 29. März.

No. 87.

Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. 1890.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile über deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

Auf das mit dem 1. April beginnende zweite Quartal der „Karlsruher Zeitung“ nehmen alle Postämter des Deutschen Reiches und der Schweiz, sowie unsere H. Agenten fortwährend Bestellungen an.

Preis, wie bisher, in Karlsruhe vierteljährlich 3 Mark 50 Pf., durch die Post bezogen 3 Mark 65 Pf. einschließlich der Bestellgebühr.

Die Bestellungen aus den Landorten können den Landpost-Boten aufgegeben werden.

Verzeichnis der Agenturen der „Karlsruher Zeitung.“

H. Bausbad, Amalienstr. 53.	Lebensbedürfnis-Verein, Schützenstraße 41.
M. Fischer & Banz, Belfortstr. 7.	Lebensbedürfnis-Verein, Sophienstr. 27.
S. Gäng, Kaiserstraße 43.	W. S. Samann, Sophienstr. 45.
E. Salzer, Kaiserstraße 69.	St. Thomann, Sophienstr. 66.
A. Böhl (Herlan), Kaiserstraße 100.	H. Benner (Doll), Spitalstr. 25.
A. Salzer, Kaiserstraße 140.	W. Erb, Spitalstraße 32.
B. Merkle, Kaiserstraße 160.	H. A. Herrmann, Waldstraße 5.
H. Frick, Kaiserstraße 229.	H. Dörfinger, Waldstraße 45.
Lebensbedürfnis-Verein, Karlsstraße 3.	H. A. Herrmann, Waldstraße 57.
H. Rothweiler, Kronenstr. 43.	G. Bronner, Wilhelmstraße 1.
H. Malisch (Malsacher), Lammstr. 5.	C. W. B. W. Wilhelmstraße 34.
H. Schmidt, Ritterstraße 4.	J. Wetter, Zitel 15.
Zul. Dehn, Bähringerstraße 55.	

Die Expedition der „Karlsruher Zeitung.“

Ämtlicher Theil.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bewegen gefunden, dem kaiserlichen Postdirektor a. D. Duffing in Rehl die unterthänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm von Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser, König von Preußen verliehenen königlich preussischen Kronen-Ordens 3. Klasse zu erteilen.

Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 28. März.

Die spanische Regierung sieht sich wieder einmal in der Nothwendigkeit, gegen einen General einzuschreiten, der den Ehrgeiz besitzt, eine politische Rolle spielen zu wollen; da die Maßregel der Regierung sich aber gegen einen General richtet, der dem Senate angehört, so hat seine Befragung ohne vorherige Genehmigung der Maßregel durch den Senat einen parlamentarischen Zwischenfall herbeigeführt. Der General Daban, einer der Hauptbetheiligten am Pronunciamiento von Sagunt, welches die gegenwärtige Monarchie begründete, hat an alle spanischen Generale ein Rundschreiben erlassen, in welchem er ausführt, er sehe sich gezwungen, sich an alle seine Waffengefährten zu wenden, die man nicht behandle, wie sie es verdienen. Der Kammer seien Vorschläge gemacht, welche verlangen, daß die Kolonien von bürgerlichen Beamten regiert und daß die Befehlungen vermindert werden. Alle Militärpersonen müßten gegen diese Angriffe auf die Armee protestiren. Schließlich fordert der General die Offiziere aller Grade zur Einigkeit auf, um gegen offene und geheime Feinde die Rechte der Armee zu schützen. Das Schriftstück erregte begreiflicher Weise großes Aufsehen und in der gestrigen Sitzung des Senats verlas der Präsident einen Befehl des Kriegsministers, nach welchem General Daban mit zweimonatlichem Arrest bestraft worden ist. Der Brief des Kriegsministers rief lebhafteste Proteste hervor. Der Marquis Sardeal bemerkte, da Daban Senator sei, könne er nicht ohne vorgängige Genehmigung des Senats bestraft werden. Es ist die Rede davon, eine besondere Kommission zur Berichterstattung über das Verfahren der Regierung zu ernennen.

Deutschland.

* Berlin, 27. März. Wie gestern so fuhr Seine Majestät der Kaiser auch heute bei seiner Rückkehr aus dem Tiergarten beim Staatssekretär Grafen Bismarck vor. Um 12 $\frac{1}{2}$ Uhr empfing der Kaiser im Schloß den Grafen Alvensleben, beriet sich mit dem Reichskanzler v. Caprivi sowie dem Botschafter v. Radowicz und hatte später eine Besprechung mit dem Grafen Bismarck.

Wie die „Nationalzeitung“ erfährt, dürften den an die verbündeten Kabinette ergangenen Mittheilungen über die Fortsetzung der bisherigen Politik Deutschlands demnächst mündliche Besprechungen der leitenden Staatsmänner folgen.

Ueber die Abschiedsaudienz, welche Seine Majestät der Kaiser dem Fürsten Bismarck erteilt hat, hört

die „Köln. Ztg.“, daß dieselbe besonders herzlich gewesen ist. Der Kaiser dankte dem Fürsten aufs wärmste für seine großen Dienste und umarmte und küßte ihn wiederholt bei der Verabschiedung. Gestern Mittag gab der Fürst dem Gesolge des Prinzen von Wales ein Frühstück.

Der „Kölnischen Zeitung“ wird von hier gemeldet: „Nachdem Graf Alvensleben die Berufung als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes abgelehnt hat, ist jetzt der bairische Gesandte am hiesigen Hofe und Bundesrathsbevollmächtigte Freiherr v. Marschall für dieses Amt in Aussicht genommen worden und hat die an ihn ergangene Berufung angenommen.“

Die konservative und die freikonservative Fraktion des Abgeordnetenhauses stellen, wie die nationalliberale Fraktion dies bereits gethan, Entwürfe zu Adressen an den Fürsten Bismarck fest, und verfahren dieselben mit den Unterschriften der Fraktionsmitglieder. Beide Adressen sollen am 1. April dem Fürsten überreicht werden.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat heute seine wesentlichen Arbeiten vor den Ferien beendet. Die morgige Sitzung findet nur zur Besprechung einiger kleinen Vorlagen und Anträge aus dem Hause statt. Präsident v. Köller eröffnete die Sitzung mit Verlesung der Interpellation der Abg. v. Rauchsaupt und Graf v. Limburg-Sturum wegen einer staatlichen Fürsorge für die Hinterbliebenen des in Köpenick erschossenen Gendarmen Müller. Graf Limburg-Sturum begründete seine Interpellation, indem er den Zusammenhang des Aufstandes mit der sozialdemokratischen Bewegung betonte und das Vorgehen der Polizeibeamten mit scharfen Waffen rechtfertigte. Er hält die Volksvertretung für verpflichtet, für die Hinterbliebenen der Beamten zu sorgen, die ihre Pflichten erfüllt mit dem Leben zahlten. Das Haus mußte befinden, daß es stets bereit sei, für die Beamten einzutreten, welche, wie dies hier geschehen, treu ihre Schuldigkeit gethan haben. Der Minister des Innern, Herrfurth, erklärte sich mit den Ausführungen der Interpellation einverstanden, namentlich auch mit dem dem Exekutivbeamten gespendeten Lobe. Die Regierung habe jedoch schon vor Eingang der Interpellation innerhalb ihrer Befugnisse ausreichende Fürsorge für die Hinterbliebenen des Gendarmen Müller getroffen, wodurch die Familie vor Nahrungsvorgen geschützt und die Erziehung der Kinder gesichert werde, und es bedürfe daher keiner Regelung durch besonderes Gesetz. Graf Limburg dankte der Regierung für diese Erklärung und verzichtete auf eine weitere Erörterung seiner Interpellation. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurden die Etats des Herrenhauses, des Abgeordnetenhauses und der allgemeinen Finanzverwaltung bewilligt. Sodann ward das Etatsgesetz mit einem Zusatzparagrafen angenommen, nach welchem bis zur gesetzlichen Feststellung des Staatshaushaltsetats die innerhalb der Grenzen desselben geleiteten Ausgaben nachträglich genehmigt werden. Das Gesetz betreffend die Fürsorge für die Waisen der Volksschullehrer wurde der Untersuchungskommission überwiesen.

Direktor Vohsen ist aus Ostafrika hier eingetroffen und hat der Ostafrikanischen Gesellschaft, wie die „Köln. Ztg.“ hört, über die dortige Lage Nachrichten überbracht, welche für die deutschen Kolonialinteressen günstig lauten.

In den letzten Tagen sind zwei ehemalige Parlamentarier gestorben, die beide der nationalliberalen Partei angehörten. In Magdeburg starb der Amtsgerichtsrath a. D. Otto Kessler, welcher von 1873–76 die Kreise Jerichow I. und II. im Abgeordnetenhause vertreten hat. In Wehlau verschied der Rittergutsbesitzer Friedrich Fernow auf Rugladen. Er wurde 1851 zum Landtagsabgeordneten für den Wahlkreis Labiau-Wehlau für die Zeit von 1852–1855 gewählt und schloß sich im Abgeordnetenhause der Linken an. Von 1871–1877 vertrat er den Wahlkreis im Reichstage, woselbst er der nationalliberalen Partei angehörte. Später schloß sich Fernow der freisinnigen Partei an.

Dresden, 27. März. Der sächsische Landtag ist gestern Mittag durch den Kriegsminister Graf v. Fabrici im Auftrage Seiner Majestät des Königs geschlossen worden.

Chemnitz, 27. März. Die anlässlich der Lohnbewegung gebildete Vereinigung der Wehwaarenfabrikanten soll beschloffen haben, von der Kündigungsfrist gegenüber den Arbeitern abzusehen und die Fabriken zu schließen, falls die Arbeiter in der Fabrik eines zur Vereinigung gehörigen Fabrikanten ohne vorherige Kündigung streiken und, wenn eine eigens hierfür einzusetzende Kommission die Grundlosigkeit des Streiks dargethan, die Wiederaufnahme der Arbeit trotzdem verweigern. Zur Kommission sollen außer den Vertretern aus Fabrikantenkreisen auch

je ein Arbeiterdelegirter jeder Fabrik durch die Fabrikanten, je zwei Arbeiterdelegirte durch die Arbeiter selbst ernannt werden.

A Stuttgart, 27. März. Der Verwaltungsbericht über die Ergebnisse der württemb. Eisenbahnen im Jahr 1888/89 ist dieser Tage im Druck erschienen. Nach demselben betragen die Einnahmen 33 223 927 M. (gegen 31 620 341 im Vorjahr), die Ausgabe 16 950 812 M. (16 222 023), Reinertrag 16 273 115 M. (15 398 318). Die baare Ablieferung zur Staatskasse ist um 2 550 120 M. höher als im Vorjahr. Die Bruttoeinnahme aus dem Personen- und Gepäckverkehr beträgt pro Kilom. 6 899 M., aus dem Güterverkehr 12 879 M., der gesammte Reinertrag pro Kilom. 10 425 M. Das gesammte Anlagekapital verzinst sich zu 3,51 Proz. gegen 3,31 im Vorjahr, der erstere Zinsfuß ist seit 1874 nicht mehr erreicht worden. Der reine Ueberschuß über das Zinsenerforderniß der ungetilgten Eisenbahnschuld beträgt 494 113 M.; es ist dies seit einer Reihe von Jahren der erste Ueberschuß, das Vorjahr hatte noch ein formelles Defizit von 13 104 M.

Die Bodensee-Dampfschiffahrt ergab 284 829 Mark Einnahmen, gegen 319 637 M. im Vorjahr; der Reinertrag war nur 9 756 gegen 50 980 M. im Vorjahr. Als Grund der Minderung wird der Ausfall des Obsttransports aus der Schweiz und Oesterreich angegeben. Die Post- und Telegraphenverwaltung ergab 8 159 957 M. Einnahme (gegen 7 827 768) und eine Reineinnahme von 1 642 884 M. (gegen 1 542 479 M.)

Gleichwie jüngst im Justizministerium, so sind nun auch im Ministerium des Innern die gutachtlichen Berathungen über den Entwurf des Bürgerlichen Gesetzbuchs, des Einführungsgesetzes u. i. w. abgeschlossen und der umfangreiche Bericht darüber ausgearbeitet worden. An den Berathungen waren auch die Vertreter der beiden Centralstellen für Landwirtschaft und für Handel und Gewerbe betheiligt.

In Ulm rüstet man sich zum Münsterfeste; die Vollendung des Baues steht in den nächsten Wochen bevor, schon ist die oberste Kreuzblume des Münsterturmes fertiggestellt. Der Hauptthurm des Ulmer Münsters überragt den der Kölner Thürme noch um einiges und ist überhaupt das höchste steinerne Bauwerk der Erde. Für das Fest hofft man auf die Anwesenheit Seiner Majestät des Kaisers. Wie im Jahr 1877, wo die fünfshundertjährige Feier der Grundsteinlegung gefeiert wurde, so wird auch heuer wieder ein großer historischer Festzug, ein Fischerfest und andere Festlichkeiten, die der alten Reichsstadt eigenthümlich waren, vorbereitet.

§§ Straßburg, 27. März. In unserem Landesausschusse ist, einer Anregung der hiesigen Bierbrauer folgend, der Antrag gestellt worden, die Uebergangsabgabe auf das aus andern deutschen Staaten eingeführte starke Bier von 2,30 M. auf 3,20 M. zu erhöhen. Die Kommission des Landesausschusses hat sich diesem Antrage angeschlossen unter Hinweis auf das Verhältniß von Uebergangsabgabe und Ausfuhrvergütung in andern deutschen Staaten. Man mag sich zu dem Antrag stellen, wie man will, klar ist, daß dieser Hinweis nicht genügt, um die schwierigen steuerrechtlichen Fragen, welche hierfür ausschlaggebend sind, zu lösen. Die „Straßb. Post“ bemerkte zu dem Kommissionsbeschlusse, daß dessen Darstellung „die eigentliche Sachlage und die am meisten in Betracht kommenden Momente gar nicht berücksichtigt und so von falschen Voraussetzungen zu falschen Schlüssen gelangt. Der Landesausschuß wird durch seine Abstimmung hoffentlich beweisen, daß er nicht eine einseitige Bevorzugung gewisser Interessengruppen, sondern den gleichmäßigen Schutz aller Interessen wahrzunehmen willens ist.“ Auch der Elsaß-Lothringische Wirtschaftsverein hat sich in einer Petition gegen den Antrag erklärt, was im Landesausschuß mit großer Heiterkeit aufgenommen wurde. Es ist also kaum zu erwarten, daß sich unser Parlament dem Vorschlage seiner Kommission anschließt; noch weniger Aussicht besteht aber, falls dies doch geschehen sollte, daß der betreffende Beschluß Gesetz wird.

Dem Landesausschusse ist jetzt das Gesetz über Grundbücher zugegangen, welches für den letzten Theil der Session den Hauptgegenstand der Berathungen bilden wird. Es handelt sich dabei jedoch nicht um Einführung vollständiger Grundbücher, sondern es sollen nur die bisher durch Ueberschreibung gewährten Rechte — unter Wegfall der nach vielen Richtungen hin mangelhaften Ueberschreibungsregister — in diese Grundbücher eingetragen werden; an Stelle der letzteren tritt übrigens überall, wo ein zuverlässiges Kataster noch nicht vorliegt, b. h. in der Mehrzahl der Gemeinden, ein einfaches Eigenthumsregister für die erwähnten Eintragungen. Es ist dies Gesetz, wie das vorjährige über Grundeigenthum

und Hypothekwesen ein weiterer Schritt, um Ordnung in unsere unklaren Grundeigenthumsverhältnisse zu bringen, und dadurch einerseits die Schwierigkeiten des ländlichen Kredits zu heben, andererseits die Einführung der mit dem bürgerlichen Gesetzbuch zu erwartenden vollen Grundbücher vorzubereiten und zu erleichtern.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 27. März. Die in Pester Blättern enthaltenen Nachrichten über eine bevorstehende Demission des Kriegsministers Baron Bauer und des Wiener Corpskommandanten Frhrn. v. Schönfeldt entbehren, wie das Telegraphen-Korrespondenzbureau versichert, jeglicher Begründung. — Die deutsch-böhmische Ausgleichskonferenz, welcher die dem böhmischen Landtage zu unterbreitenden Gesetzentwürfe zur Begutachtung vorgelegt werden, soll am 14. April wieder in Wien zusammen-treten. Die Beratungen dieser Konferenz dürften nur zwei Tage dauern. Die Mitglieder der Ausgleichskonferenz erhalten von der Regierung vier Gesetzentwürfe über nationale Kurien, Bahlordnung des Großgrundbesitzes, Landes Schulrath und Landes Kulturrath zur Begutachtung. Auf der Konferenz soll eine Vereinbarung der maßgebenden Parteien für den böhmischen Ausgleichslandtag erzielt werden.

Italien.

Rom, 27. März. Ueber die von Crispi gestern im Senat ertheilte Antwort auf die Interpellation Brioschi liegt folgende ausführlichere Meldung vor. Crispi sagte, er könne Brioschi und den Senat beruhigen. Die jüngsten Ereignisse in Berlin haben die äußere Politik nicht verwirrt. Der Rücktritt eines großen Mannes wie des Fürsten Bismarck könne unangenehm berühren, wie er auch seinem Souverän thatsächlich mißfiel, doch bleibe die Tripelallianz unverändert. Der Redner wies die Meinung Brioschi's zurück, daß die Politik der Regierung bedeutende Ausgaben für Rüstungen veranlaßt habe. Italien habe gut daran gethan, in die Tripelallianz einzutreten; es müßte den Eintritt vollziehen, wenn es ihn nicht bereits vollzogen hätte. Eine andere Politik hätte größere Ausgaben und größere Rüstungen veranlaßt, welche eben von den frankhaften Verhältnissen Europa's abhängen. Wir sind nicht mächtig genug, eine Aenderung dieser Lage herbeizuführen. Redner meint, daß die Rüstungen Italiens hinter denjenigen anderer Länder zurückstehen; in Anbetracht des Umstandes, daß die Nachbarnation und auch Deutschland mehrere Millionen Soldaten unter den Waffen halten, könne man nicht sagen, daß wir Alles gethan hätten, was diesbezüglich wünschenswerth wäre. Die gegenwärtige militärische Lage erlaubt nichtsdestoweniger, für die Eventualitäten der Störung des Friedens einzutreten, welchen zu erhalten man alle Anstrengungen macht. Er hoffe, daß Brioschi durch seine Erklärungen zufriedengestellt sein und daß er sowohl seine innere als auch äußere Politik gutheißen werde, die danach angethan seien, dem Lande eine gute Verwaltung und gute Finanzen zu sichern. Gegenüber Alfieri erklärt Ministerpräsident Crispi, die äußere Politik lasse sich nicht improvisiren. Die Allianz sei im Jahre 1882 abgeschlossen, und dem füge er nichts zu. „Ich trachtete bloß,“ sagt Crispi, „das Ergebnis zu verbessern. Wenn Alfieri auf meinem Blase sein würde, wäre er der Erste, der die Allianz respektiren würde. Die Politik der Neutralität, welche Alfieri vorzieht, hätte uns bedeutendere Auslagen und größere Rüstungen auferlegt.“ — Der General Marquis Pallavicini di Priola ist heute zum ersten Generaladjutanten des Königs ernannt worden. (Graf Pasi, der vormalige erste Generaladjutant des Königs Humbert, ist bekanntlich vor einiger Zeit gestorben. Der Marquis E. Pallavicini di Priola, Generalleutnant, führte bisher das Kommando des 9. italienischen Armeecorps, dessen Stab sich in Rom befindet.)

Frankreich.

Paris, 27. März. In der Deputirtenkammer beantwortete der Ackerbauminister Develle heute eine Anfrage des Deputirten Bijouard-Bert über das Einfuhrverbot für deutsche Hämmer. Develle erklärte, die Seuche sei in Deutschland noch nicht erloschen; sie habe zwar abgenommen, sich aber der französischen Grenze genähert. Unter diesen Umständen sei eine Zurücknahme des Verbots unmöglich und er, der Minister, sehe kein Mittel, um die Wünsche der Pariser Schlächter zu befriedigen. In einigen Wochen allerdings würden aus Algier Hämmer zur Versorgung des Pariser Marktes eintreffen. Er erkenne an, daß die industrielle Lage in Billeite bedenklich sei, aber man dürfe die französischen agrarischen Interessen nicht preisgeben. — Der Minister des Innern hat Weisungen gegeben, jede der öffentlichen Ruhe gefährliche Kundgebung der Schlächtergesellschaften am Samstag sofort zu unterdrücken. (Die Metzgergesellschaften haben, wie schon erwähnt, beschlossen, am Samstag zu feiern und eine Kundgebung vor dem Stadthause und dem Kammergebäude zu veranstalten.)

Großbritannien.

London, 27. März. Die im Unterhause eingebrachte Vorlage zur Gewährung weiterer Erleichterungen für den Ankauf von Land in Irland ist eine ziemlich groß angelegte Maßregel, welche für den erwähnten Zweck 33 Mill. Pf. St. auswirft. Die in Irland bereits bestehenden fünf Körperschaften für den Ankauf von Gütern vermittelst staatlicher Vorschüsse sollen in eine einzige Behörde, ein sogenanntes „Land-Departement“, verschmolzen werden, welchem die Ausführung des neuen Gesetzes anvertraut wird. Der Güterkauf wird nicht erzwungen und dem englischen Steuerzahler werden keine neue Lasten aufgebürdet, aber zur Ausführung des Planes wird der englische Kredit in Anspruch genommen. Das „Land-

Departement“ stellt nöthigenfalls den Kaufpreis fest, schließt sich aber in keinem Falle mehr als den zwanzig-jährigen Werth des reinen Pachtzinsvertrages vor. Die Kaufsumme darf zweijährige Pachtzinsrückstände umfassen. Der Käufer zahlt für 49 Jahre jährlich 4 Prozent der Kaufsumme. Der Verkäufer erhält 2½ Prozent Pfandbriefe, die er nach Belieben gegen Konsols vertauschen kann. Die Sicherheit für die Vorschüsse bilden die Beiträge aus dem Reichsschatze. Für irische Lokalzwecke, für etwaige Fehlbeträge müssen die Ortsschaften aufkommen. Es wird ein Garantiefonds gebildet, dessen kapitalisirter Werth, 33 Millionen Pf. Sterl. die Vorschüsse nicht übersteigen darf. Die eingehenden Gelder werden wieder ausgeliehen, so daß neben den zehn Millionen, deren Ausleihung für Ankaufszwecke das Ashbourn'sche Gesetz verfügt, ein dauernder Vorschussfonds von über 40 Millionen Str. gebildet wird. In den ärmeren und überbevölkerten Kreisen Irlands wird eine besondere Behörde eingesetzt, welche mit einem Geldfonds von über zwei Millionen die Einwanderung und Auswanderung erleichtert, Saatkartoffeln zum Kostenpreise verkauft und die Seefischerei fördert. Die Vorlage ist in jedem Falle einer unbefangenen und gerechten Prüfung werth. Eine solche hat Gladstone auch versprochen. Ob die Behandlung der Frage durch die Gladstone'sche Partei aber wirklich eine unbefangene und rein sachliche sein wird, bleibt abzuwarten. Die Mehrzahl der englischen Blätter behält sich ihr endgiltiges Urtheil über die irische Landankaufsbill vor, erkennt aber die großen Vorzüge des schwierigen Gesetzes bereitwillig an. „Alles in Allem genommen,“ sagen die „Times“, „hat Herr Balfour einen Landankaufplan ausgearbeitet, nach welchem im Laufe der Zeit ein Bauernstand in Irland gegründet werden kann, ohne daß das Reichsschatzamt und die Steuerzahler des Vereinigten Königreiches weiteres Risiko übernehmen.“ Der „Standard“ lobt an der Maßregel, daß alle die bisherigen juristischen Weitläufigkeiten der Abtretung des Landes vom Gutsherrn an den Pächter mit einem Schlage beseitigt worden sind. In demselben Augenblick, wo der Handel abgeschlossen und behördlich registriert ist, wird der Bauer absoluter Herr. Zugleich wird das angelegte Geld so gesichert, daß nur ein offener Auffstand einen Verlust desselben herbeiführen kann. Die „Daily News“ nehmen natürlich als das Organ der „Home-Rule-Politiker“ einen anderen Standpunkt als die vorhergenannten Blätter zu dem Gesetzentwurfe ein. Sie nennen die Vorlage das verwickelteste Gesetz, welches jemals im Parlament eingebracht worden ist, und bemerken dann: „Eine Thatsache aber leuchtet aus dem verwickelten Labyrinth heraus, daß nämlich der britische Kredit zum Betrage von 33 000 000 Doll. in Anspruch genommen wird, angeblich zum Nutzen der Pächter, in Wirklichkeit aber zum Nutzen der Gutsherrn. Menschen-witz könnte doch wahrlich keine bessere Sicherheit finden als Gladstone, welcher 1866 in seiner Bill vorschlug, die gesamten Staatsentnahmen Irlands als Hypothek zu benutzen. In der neuen Vorlage macht sich die Hand Götzens bemerklich.“ Letzterer Ansicht ist auch das „Free-man's Journal“. Das ist allerdings keineswegs der ärgste Vorwurf, den man gegen das Gesetz erheben kann. Denn Götzen ist als tüchtiger Staatsmann bekannt und insbesondere der bedeutendste Finanzier, den das Kabinett aufzuweisen hat.

Schweden und Norwegen.

Christiania, 27. März. Der Gemeinderath setzte einen Ausschuß ein, um über einen festlichen Empfang der Deutschen Majestäten zu berathen.

Serbien.

Belgrad, 27. März. Dem Vernehmen nach wird mit Rücksicht auf das Zusammenbrechen des Staatsraths in nächster Zeit Grutich die Neubildung des Kabinetts übernehmen und das Portefeuille des Aeußern beibehalten. (Bekanntlich sind mehrere Minister zu Mitgliedern des Staatsraths ernannt.)

Bulgarien.

Sofia, 27. März. Die „Swoboda“ sagt, Frankreich müsse sich nach Ablauf der Handelskonvention mit der Türkei an Bulgarien wenden. Wenn dies nicht geschehe, bewahre sich Bulgarien gegenüber den französischen Waaren seine Aktionsfreiheit. — Wie die „Agence Balcanique“ meldet, sind in der Angelegenheit Paniza abermals drei Offiziere verhaftet worden. Es habe sich ergeben, daß zwei Pläne bestanden, bei welchen es sich um die Einführung des Prinzen Ferdinand und um die danach einzulitende Aktion gehandelt habe. In wie weit diese Mittheilungen der „Agence Balcanique“ begründet sind, wird erst die Verhandlung gegen Paniza ergeben müssen, für die aber, wie schon gestern hervorgehoben wurde, noch kein Termin festgesetzt ist.

Griechenland.

Athen, 27. März. Die Königin hat heute Abend sechs Uhr über Odesa die Reise nach Petersburg angetreten.

Badischer Landtag.

§ Karlsruhe, 28. März. 10. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer unter dem Vorsitz des Präsidenten, Geheimrath Serger.

Am Regierungsrath Geh. Referendar Joos und Ministerialrath Dornier, später Ministerialrath Bader.

Der Präsident eröffnet die Sitzung und theilt mit, daß dem Hohen Hause seit der letzten Sitzung zugegangen sind:

1. Mittheilung des Präsidiums der Hohen Zweiten Kammer, wonach die Nachweisung über den Fortgang des Eisenbahnbauwes in den Jahren 1888 und 1889 und der hierauf verwendeten Mittel für unbeanstandet erklärt worden ist, und

2. Mittheilung des gleichen Präsidiums über die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs betr. die Erbauung einer Kaiserstuhlbahn und über eine Protokollklärung zu Art. 8 des Gesetzentwurfs.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird sodann dieser Gesetzentwurf der Kommission für Eisenbahnen und Straßen, und die Nachweisung über den Fortgang des Eisenbahnbauwes der Budgetkommission überwiesen.

Das Sekretariat gibt die eingekommenen Petitionen bekannt, nämlich:

1. Petition der nichtbürgerlichen Einwohner von Meßkirch um Gewährung des Gemeindevahlrechts,
2. Petition der Gemeinderäthe von Gremmling, Amts Triberg, und der umliegenden Orte, die Errichtung einer Eisenbahnhaltestelle beim Orte Gremmling, und
3. Petition des Gemeinderaths von Altbreisach, die Weiterführung der Kaiserstuhlbahn von Rothweil nach Altbreisach betr.

Diese Petitionen werden nach dem Antrag des Präsidenten den betr. Kommissionen zugewiesen.

Sodann berichtet Landgerichtspräsident Dr. v. Kottet namens der Petitionskommission über die Bitte der Gemeinden Mergingen, Ballenberg u. a. die Entlastung der Gemeinden von dem Schulaufwand betr. Eine Anzahl Gemeinden der Amtsbezirke Adelsheim und Tauberhofsheim seien an die beiden Hohen Häuser der Ständeversammlung mit der Petition herangetreten, es möchte durch eine Abänderung des Elementarunterrichtsgesetzes eine Entlastung der Landgemeinden durch eine theilweise Befreiung von der Tragung des Schulaufwandes herbeigeführt werden. Die nach Lage der Gesetzgebung von den Gemeinden zu leistenden Beiträge zu dem Schulaufwand würden insbesondere in den Landgemeinden als sehr drückend empfunden, weil sowohl die Landwirtschaft als das Kleingewerbe unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen in ihrem Ertrag erheblich zurückgegangen seien. Es werde darum durch die Petition eine Erleichterung in der Richtung angestrebt, daß, während nach § 68 des Elementarunterrichtsgesetzes Gemeinden nur dann von jedem Beitrag zu dem Schulaufwand frei sind, wenn die sonstigen Umlagen mehr als 60 Pfennig von 100 M. Steuerkapital betragen, die Beitragsfreiheit schon bei einer Umlage von mehr als 40 Pfennig eintrete. Nähere Angaben über die finanzielle Leistungsfähigkeit der petitionirenden Gemeinden, die Höhe des Schulaufwandes und der Umlagen in denselben seien in der Petition nicht enthalten. — Der Berichterstatter gibt einen Ueberblick über die gesetzliche Regelung der Beitragspflicht der Gemeinden zu dem Schulaufwand nach dem Gesetz vom 8. März 1868 und die hierin infolge der Gesetze vom 19. Februar 1874 und 7. Juni 1884 eingetretenen Aenderungen. Das Gesetz vom Jahr 1874 habe gleichzeitig mit einer Erhöhung der Bezüge der Lehrer auch eine höhere Belastung der Gemeinden eingeführt; das Gesetz vom Jahr 1884 habe sodann zwar den Tarif des Gemeindebeitrags zu dem Schulaufwand herabgesetzt, eine Erleichterung der Gemeinden in Wirklichkeit aber gleichwohl nicht herbeigeführt, da infolge einer inzwischen eingetretenen Aenderung bezüglich der Gemeindebesteuerung sich die für die Berechnung des Gemeindebeitrags maßgebenden Gemeindesteuerkapitalien erheblich vermehrt hätten, ohne daß thatsächlich bezüglich der Steuerkraft eine Aenderung eingetreten wäre.

Die Beiträge der Gemeinden zu dem Schulaufwand bildeten aber einen erheblichen Faktor des Staatsbudgets; ihre Ermäßigung bis zu dem von den Petenten angestrebten Satz würde eine namhafte Erhöhung der Staatsausgaben bedingen, die von den Petenten schwierig richtig gewürdigt worden sei. Man dürfe daher schon aus diesem Grunde ohne zwingende Ursache an der erst vor 6 Jahren erfolgten gesetzlichen Regelung nicht rütteln. Zudem sei die Volksschule in erster Linie eine Gemeindeanstalt, der bezügliche Aufwand also auch von der Gemeinde zu tragen, und nur soweit die Gemeinde leistungsfähig sei, könne ein Eintreten des Staates gerechtfertigt erscheinen. Soweit sich unter den petitionirenden Gemeinden solche befänden, die auf einer besonders niedrigen Stufe der Leistungsfähigkeit ständen, gewähre aber auch schon das bestehende Gesetz die Möglichkeit einer Ermäßigung des Gemeindebeitrags. Aus diesen Gründen sei die Kommission nicht in der Lage gewesen, die Anregung zu einer Aenderung der bezüglichen Gesetzgebung, die überdies nur von einer verschwindend kleinen Anzahl von Gemeinden ausgegangen sei, zu befürworten, vielmehr entsprechend dem Beschluß der Hohen Zweiten Kammer zu dem Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung gelangt. Wenn infolge der Beschlüsse der beiden Hohen Häuser über die Petition der Volksschullehrer eine Abänderung des Elementarunterrichtsgesetzes zum Zweck der Besserstellung der Lehrer seitens der Großh. Regierung in Vorschlag gebracht werde, müsse ohnehin auch die Frage des Beitrags der Gemeinden zu dem Schulaufwand wieder einer neuerlichen Erwägung unterzogen werden.

Da niemand weiter das Wort ergreift, wird der Kommissionsantrag durch den Präsidenten für angenommen erklärt.

Ueber den weiteren Gegenstand der Tagesordnung, die Bitte der Notar Valentin Stein Witwe in Zell a. N. um Erhöhung ihres Witwengehalts erstattet gleichfalls Landgerichtspräsident Dr. v. Kottet namens der Petitionskommission Bericht.

Der Chemann der Wittstellerin sei nach 23jähriger Dienstzeit am 23. Dezember v. J. gestorben und es seien die Witwe und ihre beiden noch nicht 18 Jahre alten Kinder in den Bezug des nach Maßgabe des Gesetzes vom 22. Juni 1884 berechneten Witwen- und Waisengeldes eingewiesen worden, welches sich zusammen auf 952 M. jährlich belaufe. Die Petition gehe dahin, das Witwen- und

Waisengeld nach Maßgabe des am 1. Januar d. J. in Kraft getretenen neuen Beamtengesetzes festzusetzen, wozu sich das Witwengeld auf 30 Proz. des maßgebenden Einkommensanschlages belaufen würde, während das Gesetz vom Jahr 1884 dasselbe auf 20 Proz. bemesset. Da aber der Ehemann der Wittstellerin schon vor Inkrafttreten des neuen Beamtengesetzes gestorben sei, sei für die Regelung der Bezüge seiner Hinterbliebenen nach § 142 des Beamtengesetzes nicht dieses, sondern das Gesetz vom Jahr 1884 maßgebend. Die Kommission beantragt daher, ebenfalls in Uebereinstimmung mit dem Beschluß des andern Hohen Hauses, über diese Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Der Kommissionsantrag wird sodann ohne weitere Diskussion angenommen.

Hierauf erstattet namens der Budgetkommission Kommerzienrath Sander Bericht über die Bitte des Badbesizers Suber in Antogast um Unterstützung aus dem Badfond.

Der Wittsteller, der sich seit dem Jahr 1887 im Besitze des Bades Antogast befindet, habe durch einen am 13. Juni 1889 über das Maßfachtal niedergegangenen Wolkenbruch mit Hagelschlag, infolge von Ueberschwemmung der Kuranstalt einen Schaden erlitten, der sich nach amtlicher Schätzung auf 18 000 M. belaufe. Dazu sei infolge dieses Naturereignisses die Frequenz des Bades erheblich geschädigt worden. Wittsteller habe zwar aus dem Ergebnisse einer freiwilligen Sammlung schon einen Beitrag erhalten, er sei aber gleichwohl nicht in der Lage, ohne eine weitere Unterstützung sich vor dem drohenden finanziellen Ruin zu retten. Es stehe somit, wenn keine Staatsunterstützung gewährt würde, die Fortexistenz des Bades Antogast in Frage. Da aber auf den Fortbestand des Bades im allgemeinen staatlichen Interesse Werth gelegt werden müsse, befinde die Kommission das Gesuch um Gewährung einer staatlichen Unterstützung. Der Badfond, aus dem eine Unterstützung begehrt wird, sei jedoch anderweitig stark in Anspruch genommen; die Kommission halte es daher für angezeigt, daß die eventuell zu gewährenden Unterstützung aus allgemeinen Staatsmitteln geschöpft werde, und beantrage ferner, die Petition der Großh. Regierung empfehlend zu überweisen, der Großh. Regierung aber anheimzustellen, aus welchen Mitteln eventuell eine Unterstützung zu gewähren sei.

Der Regierungskommissar Ministerialrath Baader erklärt, daß die Großh. Regierung mit dem Kommissionsantrag vollständig einverstanden sei und schon Erhebungen darüber angeordnet habe, in welcher Weise dem Wittsteller eine Unterstützung in der zweckmäßigsten Weise gewährt werden könne.

Hierauf wird der Kommissionsantrag angenommen und nach einer kurzen Besprechung über die Tagesordnung und den Zeitpunkt der nächsten Sitzung, für welche der 12. April in Aussicht genommen wird, durch den Präsidenten die Sitzung geschlossen.

28. März, 33. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorsitz des Präsidenten Lamey.

Am Regierungstische: Staatsminister Dr. Turban, Finanzminister Dr. Ellstätter und Ministerialrath Seubert.

Das Sekretariat gibt den Einlauf folgender Petitionen bekannt:

1. Bitte der Gemeinderäthe von Dürheim, Hochenmungen, Sunthausen, Defingen, Biefingen, Heidenhofen, Rafen und Theningen, die Erbauung einer Nebenbahn von Marbach nach Dürheim bezw. die Einführung regelmäßiger Personen- und Güterzüge betreffend.

2. Bitte der Gemeinde Gremelsbach, Amt Triberg, die Errichtung einer Eisenbahnhaltestelle an diesem Orte betreffend.

3. Erklärung des Freisinnigen Wahlvereins in Karlsruhe, womit sich derselbe der Petition des Demokratischen Vereins in Mannheim um Einführung des direkten Wahlsystems anschließt.

Die beiden ersten Petitionen werden der Kommission für Straßen und Eisenbahnen, die dritte der Petitionskommission überwiesen.

Der Präsident gibt dem Hause Kenntniß von Urtheilsbeschlüssen der Abgg. Lohr, Müller und Blankenhorn, sowie von dem Vorliegen eines Antrags des Abg. Fieser und Genossen auf Trennung der Beratung der beiden auf der Tagesordnung stehenden Berichte.

Abg. Fieser begründet seinen Antrag, dem der Abg. Hug gleichfalls beipflichtet.

Der Antrag wird angenommen und geht das Haus nunmehr zu dem ersten Punkte der Tagesordnung über: der Beratung des Berichts der Budgetkommission über den Voranschlag der Ausgaben und Einnahmen der allgemeinen Staatsverwaltung und der ausgeschiedenen Verwaltungszweige für die Jahre 1890 und 1891.

Der Berichterstatter Abg. Friderich legt den Standpunkt der Kommission dar.

An der Debatte betheiligen sich seitens der Großh. Regierung Finanzminister Dr. Ellstätter sowie die Abgeordneten Frank, Rau, Hug, Muser, Wittmer, Fieser, Klein-Wertheim, Geßel und v. Buol. Ausführlichen Bericht hierüber behalten wir uns vor.

Nach dem Schlusssatze des Berichterstatters werden die beiden von der Kommission gestellten Anträge:

„Großh. Regierung wolle nach Durchberatung und Genehmigung der sämmtlichen Gehaltsätze eine Berechnung der aus der genehmigten Stellenzahl sich ergebenden Höhe der Fonds für etatmäßige und für nicht etatmäßige Beamte aufstellen lassen und der Budgetkommission nebst den zur Prüfung nöthigen Zusammenstellungen über die Zahl der Beamten mittheilen.“

„Die Großh. Regierung wolle für die Zukunft entsprechend den Bestimmungen des Etatgesetzes, Artikel 21, 22 und 23, die Anforderungen für Nebengehalt und ähnliche Bezüge im Voranschlag des Budgets ersichtlich machen“

von dem Hause angenommen.

Wegen vorgerückter Zeit wird die Beratung des Berichts der Budgetkommission über die Denkschrift der Großh. Regierung betreffend die tatsächliche finanzielle Wirkung des Beamtengesetzes nebst Etatsgesetznachtrag und Gehaltsordnung auf morgen verschoben und die Sitzung vom Präsidenten geschlossen.

*** Karlsruhe, 28. März, 34. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Samstag den 29. März, Vormittags 9 Uhr: 1. Anzeige neuer Eingaben. 2. Beratung des Berichts der Budgetkommission über die Denkschrift der Großh. Regierung betreffend die tatsächliche finanzielle Wirkung des Beamtengesetzes nebst Etatsgesetznachtrag und Gehaltsordnung. Berichterstatter: Abg. Wilkens.**

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 28. März.

Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin sind Mittwoch Nachmittags 2 1/2 Uhr von Berlin abgereist und um 7 1/2 Uhr Abends in Weimar eingetroffen. Höchstdieselben wurden am Bahnhof von Ihren Königlichen Hoheiten dem Großherzog, dem Erbprinzen und der Erbprinzessin von Sachsen, sowie von Höchstderen Söhnen empfangen und zum Schloß geleitet, wo Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin den Hohen Besuch erwartete. Die Höchsten Herrschaften haben Weimar heute Nacht verlassen und sind heute Mittag gegen 12 Uhr in Karlsruhe eingetroffen. Unmittelbar nach Höchsteiner Ankunft hatte Seine Königliche Hoheit der Großherzog eine längere Konferenz mit dem Staatsminister Turban. Hiernach besuchten die Höchsten Herrschaften die Mitglieder der Großh. Familie. Um 3 Uhr empfing der Großherzog den kommandirenden General des 14. Armeekorps, General der Infanterie von Schlichting, und nahm die Meldung des Generalleutnants von Kehler und des Generalmajors von Lindener entgegen. Danach empfing Seine Königliche Hoheit den Oberstleutnant von Hugo zum Vortrag sowie den Flügeladjutanten Major Freiherrn von Schönau und arbeitete dann mit dem Geheimrath Freiherrn von Ungern-Sternberg.

H. (Aufnahme als Postgehilfe.) Am 22. April d. J. wird für den Oberpostdirektionsbezirk Karlsruhe wieder eine Prüfung mit solchen jungen Leuten hier abgehalten werden, welche als Postgehilfen in den Postdienst eintreten wünschen. Die Theilnahme an dieser Prüfung wird denjenigen Bewerbern gestattet, welche das 16. Lebensjahr vollendet haben und über den mehrjährigen erfolgreichen Besuch einer höheren Lehranstalt (Gymnasium, Realgymnasium, Realschule oder höhere Bürgerschule) Zeugnisse aufweisen können. Anmeldungen zu dieser Prüfung sind spätestens bis zum 10. April durch Vermittelung der Postämter, in deren Bezirk die Wohnorte der Bewerber liegen, an die hiesige Oberpostdirektion einzureichen. Ueber die Anmeldebedingungen, sowie über die Befoldungs- und Beförderungsverhältnisse siehe alle Postämter Anstalt. Junge Leute, welche die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienst erlangt haben, werden in der Regel ohne Aufnahmeprüfung angenommen. Der Eintritt der für geeignet befundenen Bewerber in den Postdienst kann sogleich erfolgen.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 28. März. Seine Majestät der Kaiser wohnte heute Mittag der Schlußvorstellung in der Turnlehrerbildungsanstalt bei. Nach Schluß der vortrefflich ausgeführten Uebungen gab der Kaiser seiner Befriedigung Ausdruck und sagte, er halte das Turnen für äußerst wichtig in Bezug auf die Ausbildung des Volkes. Er glaube besonders, daß auch die Turnvereine derselben seien, den umfänglichsten Bestrebungen den Boden zu entziehen. Er bitte die Lehrer, in diesem Sinne in ihrer turnerischen Praxis zu wirken, damit das Turnen als Volkserziehungsmittel zur vollen Geltung gelange.

Berlin, 28. März. Seine Königliche Hoheit der Prinz von Wales und Prinz George sind heute Vormittag um 10 Uhr 25 Min. vom Anhalter Bahnhof aus abgereist, um sich zunächst nach Koburg zu begeben. Am Bahnhof waren zur Verabschiedung der Kaiser, der Erbprinz von Meiningen, die Kaiserin Friedrich und Allerhöchstderen Töchter zugegen.

Berlin, 28. März. (Privattelegramm.) Bei dem amerikanischen Gesandten Dr. Phelps fand gestern Abend zu Ehren des Staatssekretärs Grafen Herbert Bismarck ein Diner statt, an welchem Graf und Gräfin Schwa-loff, der Hofmarschall v. Liebenau und seine Gemahlin, Fürst Anton Raziwil und Fürst Radolin nebst anderen hochgestellten Persönlichkeiten theilnahmen.

Berlin, 28. März. Bezüglich der allgemeinen sozialdemokratischen Demonstration am 1. Mai verlautet, es könne sich nicht um eine umfassende Arbeitseinstellung handeln; die Eintheiligkeit der Feier werde namentlich durch eine Resolution ausgedrückt werden, die in allen Versammlungen am 1. Mai gefast werden soll.

Landsberg a. d. Warthe, 28. März. Bei der Nachwahl zum Reichstag im ersten Wahlkreis des Regierungsbezirks Frankfurt (Arnswalde) wurde der Landrath a. D. Meyer (konservativ) gewählt. (Am 21. Februar wurde hier keine endgültige Entscheidung erzielt, der konservative Bewerber, v. Brand, kam vielmehr mit dem freisinnigen Kandidaten, v. Forckenbeck, in die Stichwahl, aus welcher der Letztere als gewählt hervorging. Da Herr v. Forcken-

beck aber in zwei Wahlkreisen, in Arnswalde und Sagan, gewählt worden war und das Mandat für Sagan annahm, mußte in Arnswalde eine Nachwahl stattfinden, bei welcher den Freisinnigen das von ihnen eroberte Mandat wieder verloren ging. Das Mandat bleibt so nach im Besitze der konservativen Partei, die es auch in der vorigen Legislaturperiode des Reichstags besaß.)

Rom, 28. März. Alle Zeitungsmeldungen, nach denen der Ministerpräsident Crispi beabsichtigen soll, das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten abzugeben, werden mit Bestimmtheit für unbegründet erklärt.

Belgrad, 28. März. Das Kabinet ist folgendermaßen rekonstruiert: Ministerpräsident, Aenferes und Krieg: Gruitch, Finanzen und provisorisch Kultus: Krifsch, Handel und Inneres: Tauschanowitsch, Justiz: Gjorgiewitsch, öffentliche Bauten: Professor Jostinowitsch. (Von den Genannten gehörten dem bisherigen Kabinet nur General Gruitch und Tauschanowitsch an. Das neue Kabinet trägt übrigens das Gepräge des Provisorischen und wird wohl bald durch den Eintritt einiger neuer Mitglieder vervollständigt werden müssen. Es zählt nur fünf Mitglieder gegenüber acht Ministern im vorigen Kabinet Gruitch.)

New-York, 28. März. Ein furchtbarer Cyclon verwehtete gestern das Ohio-Thal von Cincinnati bis nach Cairo. In Louisville wurden 300 Häuser zerstört und das Eisenbahnstationsgebäude in den Strom geschleudert. Das Rathhaus stürzte gerade zu einer Zeit ein, in welcher darin ein großer Ball abgehalten wurde. Nach einer Meldung sind dabei mindestens 200, nach anderen Berichten 300 Personen umgekommen. Viele Häuser gerieten in Brand und zahlreiche Bewohner fanden in den Flammen ihren Tod. Der Gesamtverlust an Menschenleben wird auf 800 angegeben. Aus zahlreichen kleineren Städten des Mississippi-Thales werden Ueberschwemmungen mit Verlust von Menschenleben gemeldet.

Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag, 6. April. 43. Ab.-Vorh.: „Die Jungfrau von Orléans“, Trauerspiel in 5 Akten, nebst einem Vorspiel, von Friedrich v. Schiller. Anfang 6 Uhr.

Dienstag, 7. April. 5. Vorh. außer Ab.: „Oberon, König der Elfen“, romantische Feenoper in 3 Aufzügen von Karl Maria v. Weber. Anfang 6 Uhr.

Dienstag, 8. April. 44. Ab.-Vorh.: „Der Weidenkresser“, Lustspiel in 4 Akten von G. v. Moser. Anfang 1/2 Uhr.

In Baden. Mittwoch, 9. April. 28. Ab.-Vorh.: „Gute Nacht, Herr Pantalon“, komische Oper in 1 Aufzug von Ab. Grisar. — „Das Versprechen hinter'm Herd“, Scene aus den österreichischen Alpen mit Nationalgesängen von A. Baumann. Anfang 1/2 Uhr.

Familiennachrichten.

Karlsruhe. Auszug aus dem Standbuch-Register. Geburten. 24. März. Otto, S.: Johann Reichert, Schneider. — 26. März. Klara Mina, S.: Benjamin Kunz, Schlosser. — 27. März. Wilhelm Friedrich Johann, S.: Joh. Kunz, Cementarbeiter. — 28. März. Karl Friedrich, S.: Christ. Beyer, Maurer.

Chaufagebote. 25. März. Heinrich Eßelsberg von Oberachen, Kaufmann hier, mit Anna Seufert von Massenbachhausen. — Heinrich Treiber von Seelach, Bäcker hier, mit Agathe Zimmermann von Betra. — Albert Keller von Neumeyer, Bierbrauer hier, mit Sofie Albrecht von Rinschheim. — 26. März. Karl Bender von Zell a. S., Schuhmacher hier, mit Monika Lang von Durmersheim. — Peter Fuchs von Heidesheim, Privatdiener hier, mit Rosina Red von Weitenang. — Martin Martin von Berlichingen, Schuhmacher hier, mit Marie Groß von Jimpfingen. — Josef Kaiser von Hartshwand, Schaffner hier, mit Franziska Schäffler von Weingarten. — 28. März. Karl Fütterer von Gaggenau, Modellschreiner hier, mit Karoline Hed von Ottenau. — Karl Bay von Oberheimrieth, Schuhmacher hier, mit Karoline Vechner von Königsbach. — Samuel Wagner von Hochstetten, Küfer hier, mit Anna Wigelhofer von Stadthof. — Konrad Wagner von Rippurt, Maschinenarbeiter hier, mit Karoline Postweiler Witwe von Wolfartsweier. — Karl Sutter von hier, Schreiner hier, mit Anna Henning von Gernsbach.

Todesfälle. 27. März. Alexander Feig, Witwer, Beleidigungsdienner, 77 J. — Albert, 2 J., S.: Wilhelm Ewig, Kaufmann.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

März	Barom. mm	Therm. in C.	Wind. in mm	Relative Feuchtigk. in %	Wind. in mm	Witterung.
27. Nachts 9 U.	757.3	+ 10.2	8.1	87	C	klar
28. Morgs. 7 U.	757.4	+ 6.6	6.4	88	C	stark wolk.
28. Mitts. 2 U.	755.4	+ 19.4	7.9	48	SW	w. wolkig

Wasserstand des Rheins. Mainz, 28. März, Morgs. 3.14 m gefallen 1 cm.

Uebersicht der Witterung vom 28. März 1890, 3 Uhr Morgens. Eine Depression über Finnland liegt einem intensiven barometrischen Maximum über dem Festland gegenüber; am Rande derselben ist das Wetter unter cyclonalem Einfluß noch unbeständig, im Innern dagegen meist heiter. Die Temperaturen liegen zur Zeit, besonders unter Tags, sehr beträchtlich über den normalen.

Frankfurter telegraphische Kursberichte vom 28. März 1890.

Staatspapiere.	Wahntactien.	Berlin.
4 1/2 Deutsche Reichs-anleihe	106.58	186.80
4 1/2 Preuß. Konf.	105.45	183.40
4 1/2 Baden in R.	101.90	197.60
4 1/2 Würt.	102.65	183.40
Deherr. Goldrente	94.00	114.50
Silberrente	74.20	109.10
4 1/2 Ungar. Goldrente	86.00	108.80
1880er Russen	82.00	108.80
H. Orientanleihe	82.40	108.80
Italiener comptant	91.68	108.80
Ägypter	94.50	108.80
Spanier	72.60	108.80
Türken	82.50	108.80
5 1/2 Serben	82.70	108.80
Banken.		
Kreditactien	261 1/2	108.80
Disconto Kommand.	227.75	108.80
Banker Bankverein	153.50	108.80
Darmstädter Bank	159.80	108.80
5 1/2 Serb. Hypoth. Obligat.	85.50	108.80
Staatspapiere.		
Sachsen	108.80	108.80
Bayern	108.80	108.80
Württemberg	108.80	108.80
Baden	108.80	108.80
Preußen	108.80	108.80
Deutsche Reichs-anleihe	108.80	108.80
Preuß. Konf.	108.80	108.80
Baden in R.	108.80	108.80
Württemberg	108.80	108.80
Deherr. Goldrente	108.80	108.80
Silberrente	108.80	108.80
Ungar. Goldrente	108.80	108.80
Russen	108.80	108.80
Orientanleihe	108.80	108.80
Italiener	108.80	108.80
Ägypter	108.80	108.80
Spanier	108.80	108.80
Türken	108.80	108.80
Serben	108.80	108.80
Banken.		
Kreditactien	108.80	108.80
Disconto Kommand.	108.80	108.80
Banker Bankverein	108.80	108.80
Darmstädter Bank	108.80	108.80
Serb. Hypoth. Obligat.	108.80	108.80

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harder in Karlsruhe.

